

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktionsort
Tageblatt Riesa,
Fennel Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Straßenbahn, des Amtsgerichts und der Amtsverwaltung beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa,
des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsort
Dresden 1880
Straßen
Riesa Nr. 52.

Nr. 34.

Dienstag, 10. Februar 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Austritts von Produktionsverträgen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 10 mm breite, 1 mm hohe Grundchrift-Zeile (6. Silben) 25 Gold-Pfennige; die 8 mm breite Reflemazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag feste Tarife. Bei längerem Abdruck, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät, Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Spiegel am Abend“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Sturm auf die Geschäftsordnungsreform.

Obstruktion und heftige Zusammenstöße im Reichstag.

Die Änderung der Geschäftsordnung des Reichstages angenommen.

* Berlin. Die Reichstagsausprache über die Maßnahmen zur Änderung der Geschäftsordnung, die um 10 Uhr ihren Anfang genommen hatte, zog sich bis gegen 23 Uhr hin. In einer bewegten, an Zusammenstößen, Abstimmungen und Geschäftsordnungsausprachen reichen Sitzung wurde schließlich nach Abschluß der Aussprache ein Antrag des Zentrums angenommen, über sämtliche Änderungsanträge zur Tagesordnung überzugehen. Die Änderung der Geschäftsordnung gemäß dem Antrag des Abgeordneten Bell wurde schließlich mit 300 gegen 160 Stimmen beschlossen. Weitere Anträge auf Änderung anderer Bestimmungen der Geschäftsordnung wurden mit 288 gegen 178 Stimmen abgelehnt.

Kürzlich hatte sich die Stimmung im Hause sehr gehoben und unter kürzlicher Heiterkeit überreichte Vizepräsident Stöhr dem amtierenden Vizepräsidenten Esser eine rote Nelke, die dieser unter Austausch eines Händedrucks annahm.

Nach vor Mitternacht rief der Präsident dann noch die weiteren Punkte der Tagesordnung auf, nämlich die Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Reichs-Verfassungsgesetzes, wonach Abgeordnete künftig nicht mehr als verantwortliche Redakteure zeichnen dürfen, und die Anträge auf Aufhebung der Immunität bei Strafverfahren.

Der Reichstag hat in seiner Nachsitzung zum Dienstag den Gesetzentwurf zur Änderung des Verfassungsgesetzes in erster und zweiter Beratung gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Kommunisten angenommen.

Mit 292 gegen 9 Stimmen bei einer Enthaltung wurde weiter die Aufhebung der Immunität in allen zur Verhandlung stehenden Fällen beschlossen.

Gegen 230 Uhr morgens vertagte sich der Reichstag dann auf 15 Uhr zur Vornahme der außerpolitischen Aussprache.

vda. Berlin, 9. Februar.

Reichstagspräsident Lohde eröffnete die Reichstags-Sitzung um 8 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Abg. Stöhr (Komm.) das Wort. Er erklärt, der Antrag Raub (Dap. Vp.), wonach alle vorher dem Geschäftsordnungsausschuss übermittelten Anträge auf Immunitäts-Aufhebung dem Ausschuss wieder entzogen und direkt im Plenum erledigt werden sollen, sei unzulässig und geschäftsordnungswidrig. Der Antrag Raub müsse also abgelehnt werden.

Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) beantragt Vertagung der Sitzung und beanweilt gleichzeitig die Beschlußfähigkeit.

Präsident Lohde führt die Entscheidung über die Beschlußfähigkeit durch Stimmentafel-Einsammlung wie bei einer namentlichen Abstimmung herbei.

Die Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Kommunisten und viele Landvolk-Abgeordnete nehmen an der Abstimmung nicht teil.

Große Heiterkeit antwortet auf die bei namentlichen Abstimmungen übliche Aufforderung des Präsidenten an die sämtlichen Abgeordneten, ihre Karten abzugeben.

Als Ergebnis der Auszählung stellt Präsident Lohde fest, daß 278 Karten abgegeben sind, also die zur Beschlußfähigkeit notwendige Zahl 260 nicht erreicht ist.

Die Nationalsozialisten klatschen lachend in die Hände und rufen: „Die Heite ist da!“

Präs. Lohde beraumt sofort eine neue Sitzung auf 4 Uhr an mit der gleichen Tagesordnung.

Die neue Sitzung.

Präs. Lohde eröffnet die neue, 21. Sitzung, um 4 1/2 Uhr. Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) verlangt den sofortigen Zusammentritt des Reichstages und die Vertagung der Sitzung. Er beanweilt gleichzeitig die Beschlußfähigkeit, so daß die Auszählung wiederholt werden muß.

Die Auszählung, an der sich diesmal auch die meisten Landvolk-Abgeordneten beteiligen, ergibt die Anwesenheit von 291 Abgeordneten. Der Reichstag ist also beschlußfähig.

In einfacher Abstimmung werden die Anträge auf Vertagung und auf Ablehnung des Antrages Raub abgelehnt. Das Haus tritt nun in die Beratung des Antrages Bell (Str.) auf.

Änderung der Geschäftsordnung

Der Antrag ist von allen Parteien mit Ausnahme der Deutschnationalen, Kommunisten und Nationalsozialisten unterstützt. Von den Nationalsozialisten und Deutschnationalen sind eine große Reihe von Änderungsanträgen eingegangen.

Schnell entwickelt sich eine Geschäftsordnungsdebatte über die Redezeit. Präsident Lohde schlägt 1/2 Stunde Redezeit für jede Fraktion vor; Abg. Gottheimer (Dnat.) beantragt 1 1/2 Stunden, die Nationalsozialisten und Kommunisten beantragen 2 Stunden Redezeit.

Auf Antrag der Nationalsozialisten wird über die Redezeit namentlich abgestimmt.

Als während der Auszählung der Karten Esser an den Präsidenten Lohde herantritt und mit ihm spricht, kommen von rechts laute Rufe: Schiebung! Schiebung! (große Heiterkeit.)

Präs. Lohde: Ich nehme an, daß diese Rufe sich nicht auf ein Mißgeschick des Hauses beziehen! (Rufe: Nein, nein! — große Heiterkeit.)

Mit 297 gegen 170 Stimmen wird die zweistündige Redezeit abgelehnt; demgegenüber die 1 1/2stündige Redezeit mit 294 gegen 91 Stimmen.

Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) erklärt, daß nur der Reichstagsrat über die Vertagung der Redezeit auf weniger als die übliche eine Stunde beschließen könne. — Präsident Lohde widerspricht dieser Auffassung. (Zurufe: Schiebung!)

Runmehr verweist Abg. Esser (Str.) auf diejenige Bestimmung der Geschäftsordnung, nach der namentliche Abstimmungen beschließen werden kann, wenn 50 Abgeordnete dies verlangen. Es sei bisher üblich gewesen, diesem Verlangen auch zu entsprechen, nach den jetzigen Vorkäufen aber fordere er, daß die Bestimmung genau ihrem Wortlaut gemäß behandelt werde. Die Mehrheit solle über die Vornahme einer namentlichen Abstimmung entscheiden, auch wenn 50 Abgeordnete sie beantragen hätten. (Erneute Zurufe: Schiebung!)

Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) erklärt: Im Reichstagsrat war einstimmig die Meinung, daß man von der Praxis, die lauschaufgelassene Beschluß der namentlichen Abstimmungen angewendet worden ist, nicht abweichen dürfte. Das hat auch Abg. Esser anerkannt. (Zurufe: Hörr! Hörr! recht.)

Somit würde man ja den Eindruck erwecken, daß Recht und Gerechtigkeit nur ein leerer Schall sind. Wenn man dem Antrag Esser zustimmen würde, so würde das für die Nationalsozialisten den casus belli bedeuten. (Stürmische Zustimmung bei den Nat.-Soz.) Der Redner ruft den Regierungsparteien zu: Überlegen Sie sich, was Sie tun, ehe Sie die Dinge auf die Spitze treiben. (Beifall rechts.) Er fordert sofortige Unterbrechung der Sitzung und Einberufung des Reichstagsrats.

Präsident Lohde erwidert, die Lage sei sofort geklärt, wenn beide Seiten an dem bisherigen Brauch festhalten. Der Reichstagsrat könne in ruhigeren Zeiten die Fragen sachlich nachprüfen.

Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) erklärt sich mit der Anregung einverstanden, wenn man mit der Redezeit nicht unter eine Stunde heruntergehe.

Abg. Gottheimer (Dnat.) betont, daß Recht auf namentliche Abstimmung sei eines der Grundrechte der Minderheit. Es sei eine unannehmerliche Vergewaltigung, wenn man ihr dieses Recht nehmen wolle.

Abg. Dr. Bell (Str.) bestreitet, daß es zu den Grundrechten der Minderheit gehöre, die namentliche Abstimmung zu verlangen. Schon im alten Reichstag sei nur dann namentlich abgestimmt worden, wenn dafür eine Mehrheit vorhanden gewesen sei. Es sei der Zeitpunkt gekommen, wo man endlich einmal den Mißbrauch der Geschäftsordnung entgegenzutreten müsse (Beifall bei der Mehrheit).

Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) erklärt, wenn verschiedene Abgeordnete, besonders des Zentrums, jetzt ihre früher im Reichstagsrat vertretene Auffassung plötzlich ändern, so bedeute das eine Verschärfung der Atmosphäre, bei der eine gemeinsame Arbeit überhaupt unmöglich gemacht werde.

Präsident Lohde widerspricht der Auffassung, daß die Mehrheit die Opposition mundtot machen wolle und macht schließlich den Vermittlungsvorschlag, die Redezeit auf eine Stunde festzusetzen. Dieser Vorschlag wird angenommen.

NIS erster Redner erhält dann

Abg. Dr. Bell (Str.)

das Wort. Seine einleitenden Worte werden von den Kommunisten durch lärmliches Geräusch (Hohlarbeid-Gemurmel) gestört. — Nach im weiteren Verlauf der Rede entstehen große Tumulte. Die Kommunisten machen dauernd Sitzungsversuche. Ein kommunistischer Abgeordneter legt einen Tisch aus Pappe und einen Gummikübel bei den Schriftführern nieder, worauf unter den kommunistischen Abgeordneten lautes Hallo laut wird und Rufe ertönen: „Polizei im Hause!“ In dem großen Tumult gebärden sich die meisten kommunistischen Abgeordneten außerordentlich lärmend und störend. Der Abg. Kahl (Komm.) wird für drei Sitzungsstage ausgeschloffen; er verläßt den Saal mit dem dreimaligen Ruf: „Nieder mit diesem Polizeistaat!“

Präs. Lohde erklärt, daß er nunmehr die allerhöchsten Maßnahmen zur Anwendung bringen werde. Er schlägt bald darauf den kommunistischen Abg. Arndburg wegen an-

dauernder Störungen für acht Sitzungsstage aus. (Großer Lärm bei den Kommunisten. — Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. Dr. Bell begründete dann namens der Antragsteller den Parteien die Anträge. Er weist daraufhin, daß eine Reform des Parlamentarismus von der breitesten Öffentlichkeit schon seit langer Zeit gefordert werde. Die jetzigen Anträge sollten nicht etwa einen Abschluß dieser Reform darstellen. Nach Annahme dieser Anträge werde die parlamentarische Reformarbeit fortgesetzt werden müssen. Es handele sich hier besonders um die Anregung, für die Haus- und Sitzungsberatung, die zweite Beratung durch die Ausschüsse der Regierung zu erleichtern, die für die gegenwärtige Geschäftsordnung jedoch zu spät gekommen sei. Entsprechende Anträge seien aber in Vorbereitung. Von einer Verschärfung der Disziplinarrichtlinien habe man abgesehen, da der Präsident ausreichend harte Mittel zum Schutze der Ordnung besitze. Man müsse allerdings die bestimmte Erwartung aussprechen, daß der Präsident und alle Vizepräsidenten diese Vorschriften streng und unanfechtlich handhaben. Der Redner erläutert dann die zur Vertagung habenden Vorschläge, deren wichtigster sich auf die Finanzvorlage und Finanzanträge bezieht, die künftig ohne erste Beratung dem Ausschuss übermessen werden. Finanzanträge der Parteien bedürften ferner gleichzeitig eines Deckungsantrages. Es handele sich darum, Kapitalanträgen einen Riegel vorzusetzen. Die Parteien müßten sich selbst überlegen, um den Finanzanträgen: „Keine Ausgaben ohne Deckung“ wieder zu Ehren zu bringen.

Die weiteren Vorschläge betreffen die Mißtrauensanträge, die Interpellationen und die Wortentscheidungen. Die gleichzeitig vorgeschlagene Wenderung des Verfassungsgesetzes solle dem vielfachen Mißbrauch der Immunität ein Ende machen.

Zusammenfassend erklärt der Redner, daß der Vorwurf Einzelrei Berechtigung habe, als ob diese Anträge eine Auslösung der Minderheit bedeuteten und auf Zulassung der Opposition hinauszielten. Der ganze Reichstag und alle Parteien würden gleichmäßig betroffen. An dem Schutze der Minderheit und der Sicherung einer verantwortungsbewussten Opposition werde nicht gerüttelt. Dieser Schutze dürfe allerdings nicht so weit getrieben werden, daß dadurch der Reichstagswille lahmgelegt und das Parlament aktionsunfähig werde. Eine langwierige Opposition dürfe sich nicht in länder und zerschender Kritik erschöpfen, sondern müsse mit ihrer Kampfstellung gegen Regierung und Mehrheit positive Vaterlandsliebe verbinden.

Die Parlamentsreform, die auf Wahrung des Ansehens und der Würde des Reichstages und auf Erhaltung seiner Aktionskraft gerichtet sei, falle in den Rahmen der Maßnahmen, die durch Sicherung der Ordnung und Ruhe im eigenen Hause die Bahn freimachen für eine befriedende Außenpolitik und eine befriedigende Lösung des Reparationsproblems.

Abg. Schumann-Weipzig (Komm.) beantragt Aufhebung der Beratung, bis der umfangreiche deutschnationaler Änderungsantrag dem Hause gedruckt vorliegt.

Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) beantragt, den Verfassungsausschuss Dr. Wirth herbeizurufen. Die Anwesenheit Dr. Wirths, der in seiner Fraktion Platz genommen hat, wird schließlich mit lebhaftem Hallo bemerkt.

Der kommunistische Antrag wird abgelehnt.

Fortf. d. Berichtes in der 1. Beilage.

Dr. Külz Dresdner Oberbürgermeister.

Dresden. In der Stadtverordnetenversammlung am Montag wurde nach mehrstündiger Aussprache die Wahl des neuen Dresdner Oberbürgermeisters vorgenommen. Für Reichsminister a. D. Dr. Külz (Demokrat) wurden 36 Stimmen abgegeben. Der Kandidat der Rechten, Syndikus Dr. Most, erhielt 26, Stadtrat a. D. Stoll (Kommunist) 6 Stimmen, vier Stadtverordnete enthielten sich der Abstimmung. Dr. Külz ist damit zum Oberbürgermeister der Landeshauptstadt gewählt.

Entgleitung von zwei Wagen eines Zuges.

Frankfurt a. M. Heute Nacht entgleite von dem Schlafwagenzug D 4 Frankfurt a. M. — Gießen bei der Durchfahrt des Bahnhofs Gernsheim der Dachwagen und der nachfolgende Schlafwagen. Personen wurden nicht verletzt. D 4 erlitt eine Verspätung von 150 Minuten. Die Ursache der Entgleitung ist noch nicht geklärt.